5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

Kriegs-Zeitung Hallische Nachrichten

5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

Verlagsgebäude: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Dachritzstraße 12 bis 14 bezw. Bölbergasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Sammelnummer 7981. Hauptfilialen: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. Nr. 7981) und Brunnenstraße 49 in Giebichenstein (Tel. Nr. 1403). Verantwortlich für die Redaktion: Otto Becker in Halle a. S.

Nummer 277 — Halle, Sonntag den 6. Oktober — 1918

Der Reichskanzler über das neue Deutschland und den Frieden.

Das Programm Wilsons als Grundlage für die Verhandlungen von Deutschland angenommen.

Ein Friedensangebot an Wilson.

(W. T. B.) Berlin, 5. Oktober. Im Laufe seiner vielfach vom Beifall der Linken und des Zentrums unterbrochenen Reichstagsrede machte Prinz Max von Baden unter lebhafter Spannung des Hauses folgende Mitteilung:

Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee ist die Front im Westen ungebrochen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen, und gerade deshalb ist es unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinausgeführt wird, wo uns ein Abbruch des Kriegeß möglich scheint.

Gestützt auf das Einverständnis aller dazu Berufenen im Reiche und auf die gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bat, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und seinerseits mit allen kriegführenden Staaten in Verbindung zu treten.

Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser nicht nur in seiner Kongreß-Botschaft vom 8. Januar 1918 und in seiner späteren Kundgebung, sondern auch in seiner Newyorker Rede vom 27. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können.

*

Die Rede des Reichskanzlers finden unsere Leser auf der zweiten Seite dieser Nummer.

*

Der Wortlaut der deutschen Note.

(W. T. B.) Berlin, 5. Oktober. Die durch Vermittelung der schweizer Regierung an den Präsidenten Wilson übermittelte Note hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Gesuch in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen spätern Kundgebungen, namentlich in der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, sucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Max, Prinz von Baden, Reichskanzler.

Oesterreich-Ungarn

hat eine Note gleichen Inhalts wie die deutsche an den Präsidenten Wilson gelangen lassen. Wie der Reichskanzler in seiner Rede angedeutet hat, steht die

Türkei

im Begriff, einen gleichen Schritt zu tun.

Der Kaiser an Heer und Marine.

(W. T. B.) Berlin, 5. Oktober. (Amtlich.) S. M. der Kaiser hat nachstehenden Erlaß an das deutsche Heer und die deutsche Marine gerichtet:

Seit Monaten stürmt der Feind unter gewaltiger Kraftanstrengung, fast ohne Kampfpause gegen eure Linien an. In wochenlangem Ringen, vielfach ohne Ruhe, müßt ihr ausharren und dem an Zahl weit überlegenen Feinde die Stirn bieten. Darin liegt die Größe der Aufgabe, die euch gestellt ist und die ihr erfüllt. Truppen aller deutschen Stämme tun ihre Schuldigkeit und verteidigen auf fremden Boden heldenhaft das Vaterland. Hart ist der Stand meiner Flotte, um sich den vereinten feindlichen Seestreitkräften gegenüber zur Geltung zu bringen und in unermüdlicher Arbeit die Armee in ihren schweren Kämpfen zu unterstützen. Mit Stolz und Bewunderung sind die Augen der Heimat auf die Taten des Heeres und der Marine gerichtet. Ich sage euch meinen und des Vaterlandes Dank.

Mitten in das schwerste Ringen fällt der Zusammenbruch der mazedonischen Front. Eure Front ist ungebrochen und wird es weiter bleiben.

Ich habe mich im Einvernehmen mit unsern Verbündeten entschlossen, den Feinden nochmals den Frieden anzubieten. Doch nur zu einem ehrenvollen Frieden werden wir die Hand reichen, das schulden wir den Helden, die ihr Leben für das Vaterland gelassen haben, das schulden wir unsern Kindern. Ob die Waffen ruhen werden, steht noch dahin.

Bis dahin dürfen wir nicht erlahmen, wir müssen wie bisher alle Kraft daran setzen, unermüdlich den Ansturm des Feindes standzuhalten. Die Stunde ist ernst, aber wir fühlen uns im Vertrauen auf unsere Kraft und Gottes gnädige Hilfe stark genug, unsere geliebte Heimat zu verteidigen.

(gez.) Wilhelm I. R.

Ernste Erwartung.

Ein Stimmungsbild aus dem Reichstage.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 5. Oktober.

Das Bewußtsein, Zeugen eines weltbistorischen Ereignisses zu werden, lag über den überfüllten Tribünen. Die Sensationslust, die sonst nur zu häufig bei solchen Ereignissen sich breit macht, schwieg. Als Prinz Max von Baden im schlichten bürgerlichen Rock den Platz des Kanzlers einnahm, hörte das Stimmengewirr auf. Während der Eröffnungsrede des Präsidenten Fehrenbach beschäftigte sich der neue Kanzler ausgesprochenlich mit dem Manuskript seiner Rede. Der Präsident gab ein kurzes Bild der militärischen und politischen Lage, er stellte, daß Ausscheiden Bulgariens aus dem Vierbund fest und widmete dem scheidenden Reichskanzler warme Worte. Die Gründe für das Ausscheiden des Grafen Hertling umschrieb er mit den Worten, daß dieser zurücktreten sei, weil er die immer schwieriger werdende Uebergangszeit nicht habe meistern können. Dann gab er als Badenser seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß ein Sproß des badischen Fürstenhauses das Kanzleramt angenommen habe.

Der Reichskanzler begann seine Rede mit einer Darlegung des Programms der neuen Volksregierung. Seine Ausführungen boten in sachlicher Beziehung nichts neues, aber durch sie gewann dieses Programm, daß bisher der Oeffentlichkeit nur im nüchternen Gewand der Paragraphen bekannt geworden war, an Anschaulichkeit. Immer wieder betonte der Kanzler, daß mit dieser Volksregierung eine neue Epoche deutscher Geschichte eingesetzt habe. Immer wieder unterstrich er, daß diese neue Entwicklung in Deutschland niemals werde rückgängig gemacht werden und daß die Entschlüsse der neuen Regierung, hinter denen die Gesamtheit des deutschen Volkes stehe, für die Gesamtheit des deutschen Volkes bindend seien. Besonders stark wirkte die Stelle seiner Rede, in der er hervorhob, daß ihm nur das Bewußtsein, den Willen der Mehrheit der deutschen Nation hinter sich zu haben, die Kraft gegeben habe, in dieser schweren Zeit die Leitung der Reichsgeschäfte zu übernehmen. Wie ein Raunen ging es durch die Reihen, als der Kanzler die neuen Regierungsmänner aus den Reihen der Arbeiter erwähnte. Die Stelle über Belgien klang nicht so schroff wie in dem bisher veröffentlichten Mehrheitsprogramm. Es wurde besonders bemerkt, daß der Kanzler nur davon sprach, es solle eine Verständigung über die Frage der Entschädigung an Belgien angestrebt werden. Ebenso wurde bemerkt, daß der Kanzler die bisher geschlossenen Friedensverträge nicht klipp und klar fallen ließ, sondern daß er nur erklärte, sie dürften kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden. Aufgegeben war freilich in der Rede des Kanzlers der bisher am Regierungstische vertretene Standpunkt, daß die bisherige Volksvertretung in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen wirkliche Volksvertretungen seien, denn der Kanzler sprach ausdrücklich davon, daß aus diesen Ländern jetzt Volksvertretungen auf breiter Grundlage gebildet werden sollen. Der Kanzler hob die Einheitlichkeit der neuen Regierung hervor, und er brachte dabei das Wort: Mehrheitsbildung heißt Volkswillensbildung. Aber auch für die außerhalb der Mehrheit gebliebenen Parteien fand Prinz Max von Baden versöhnlich klingende Worte, als er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Vertreter der Parteien außerhalb der Mehrheit alles Trennende zurückstellen würden. Der Kanzler verpflichtete sich dann für die schnelle und restlose Durchführung des demokratischen Wahlrechtes in Preußen. Die elsaß-lothringische Frage berührte der Prinz nur in einem Nebensatz, indem er hervorhob, daß auch Elsaß-Lothringen vollen Anspruch habe, seine Verfassung selbständig zu gestalten.

Der zweite Teil der Rede beschäftigte sich mit der Friedensfrage. Bevor aber der Kanzler auf diese Frage einging, betonte er, daß das deutsche Volk entschlossen sei, für einen ehrenvollen Frieden und für das Glück seiner Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen als bisher. Dann kam das Hauptereignis dieses denkwürdigen Tages: die Mitteilung, daß Deutschland in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz den Präsidenten Wilson gebeten habe, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen. Obwohl die Stimme des Prinzen nichts Hinreißendes hat, wirkte es doch auf die Hörer erschütternd, als der Prinz diesen Entschluß als einen Schritt auf dem Wege zu der Erlösung nicht nur Deutschlands, sondern der gesamten unter dem Kriege leidenden Menschheit bezeichnete, und immer wieder klang in diesem Satze der Menschlichkeitsgedanke durch. Der Schluß der Rede brachte dann wieder eine klare Betonung des Standpunktes, daß wir den Ergebnissen dieses Friedensschrittes mit Ruhe entgegensehen und daß auch die Notwendigkeit eines Endkampfes unser Volk fest entschlossen und einig finden werde.

Die Spannung im Hause war so groß, daß das Erscheinen der bereits ernannten neuen Staatssekretäre, der Herren Scheidemann, Bauer, Erzberger und Gröber, sowie des Prinzen August Wilhelm in der Loge nicht allzu große Beachtung fanden. In der Diplomatenloge sah man Mitglieder der russischen Gesandtschaft sowie den österreichischen und den türkischen Botschafter.

Das Nachspiel der Kanzlerrede war eine wenig erfreuliche Geschäftsordnungsdebatte. Der Präsident schlug eine Vertagung vor, der unabhängige Sozialdemokrat Haase verlangte sofort die Anberaumung einer Sitzung für Montag, der Pole Sanda sogar die sofortige Weiterverhandlung. Der polnische Abgeordnete benutzte diese Geschäftsordnungsdebatte, um den Standpunkt zu vertreten, daß die neue Regierung mit der Anerkennung des Wilsonschen Friedensprogrammes auch die Berechtigung der Polen auf Zusammenfassung aller polnischen Landesteile in einem Freistaat anerkannt habe. Die Mehrheit beauftragte den Präsidenten, den Tag der nächsten Sitzung zu bestimmen, nachdem der Mehrheitssozialist Ebert mahnend ausgerufen hatte: Wir dürfen nichts tun, was den Friedensschritt gefährdet!

Der Gesamteindruck der Kanzlerrede war zweifellos stark, und nach der Sitzung hörte man in den Kreisen der Mehrheitsparteien durchweg die Auffassung vertreten, daß Deutschland sich mit dem neuen Friedensschritt ebensowenig vergebe wie mit den früheren Friedensschritten. Man hörte auch die Auffassung, die Annahme des Wilsonschen Friedensprogrammes bedeute naturgemäß nur, daß wir seine Programmpunkte als Grundlage für die kommenden Verhandlungen verwerten wollten, daß aber Deutschland mit seinem Heere voll ungebrochener Kraft und seinem zum Durchhalten entschlossenen Volke trotz allen Entgegenkommens gegen die Wilsonschen Grundsätze nur einen solchen Frieden annehmen werde, der die Zukunft des 70 Millionenvolkes sichere.

*

Der Kanzlerwechsel im Urteil unserer Feinde.

(T. U.) Genf, 5. Oktober. Ueber den Eindruck der Ernennung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler in Paris liegen nur die durch Havas gefärbt weitergegebenen Stimmen der Regierungsblätter vor. „Petit Journal" glaubt, diese Ernennung ändere nichts an den innerpolitischen Machtverhältnissen. „Homme Libre" erklärt, der Prinz könne der Entente kein Vertrauen einflößen. Alle Aeußerungen der oppositionellen Presse fehlen noch.

Die Stimmung in Amerika.

h. Haag, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) „Daily Telegraph" meldet aus Newyork: An der Donnerstag-Abendbörse war vielfach eine Schwenkung der Tendenz wahrzunehmen. Friedenswerte gingen schnell in die Höhe und Kriegswerte nach unten. An der Newyorker Straßenbörse wurden Wetten abgeschlossen, daß der Krieg noch vor Weihnachten beendet sein werde. Telegramme aus Washington bestätigen, daß die amerikanische Regierung, trotzdem sie über den Fortschritt der Ententetruppen sehr entzückt sei, keine Neigung habe, der gegenwärtigen optimistischen Stimmung neue Nahrung zuzuführen. Der Korrespondent der „Newyork World" in Washington meint, es wäre ratsam, einen Aufruf zu veröffentlichen, in dem die Völker ermahnt werden, nicht allzusehr daran zu glauben, daß der Krieg bereits vor seinem Ende stehe. Wenn man auch schon weit gekommen sei, dreiviertel der ganzen Arbeit stehe noch bevor.

*

Reformen für Elsaß-Lothringen.

Die großen Umwandlungen dürften, der „Vossischen Zeitung" zufolge, auch die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen nicht unberührt lassen. Die Stellung des Statthalters von Dallwitz gilt als schwer erschüttert. Er soll angeblich durch den Oberlandesgerichtspräsidenten von Köln, Frencken, ersetzt werden, welcher früher Staatssekretär in Elsaß-Lothringen war und aus den Kreisen des elsäßisch-lothringischen Landtages als besonders erwünscht bezeichnet wird. Ferner wird geplant, klassische Landtagsabgeordnete als Unterstaatssekretäre in die Landesregierung aufzunehmen.

Italienischer Ministerrat.

ep. Chiasso, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Sonnino hat in Abwesenheit des Ministerpräsidenten Orlando auf den heutigen Sonnabend einen Ministerrat anberaumt.

Der ehemalige Ministerpräsident Giolitti ist bereits am Freitag in Rom eingetroffen.

Ein Reichsarbeitsamt.

Berlin, 5. Oktober. Die nächste Nummer des Reichsgesetzblattes wird folgenden kaiserlichen Erlaß enthalten:

Auf ihren Vortrag bestimme ich, daß die sozialpolitischen Angelegenheiten des Reiches, die bisher zum Geschäftskreise des Reichswirtschafts-Amtes gehört haben, fortan von einer besonderen dem Reichskanzler unmittelbar unterstellten Zentralbehörde unter dem Namen Reichsarbeitsamt bearbeitet werden. Die aus diesem Anlaß erforderliche Verteilung der Geschäfte und Beamten des Reichswirtschafts-Amtes haben Sie vorzunehmen.

Großes Hauptquartier, 4. Oktober 1918.

Wilhelm I. R.

An den Reichskanzler.

Prinz Max von Baden.

Neue Exzellenzen.

(W. T. B.) Berlin, 5. Oktober. Der Kaiser hat, wie der „Reichsanzeiger" meldet, folgenden Erlaß an den Reichskanzler gerichtet:

In Erweiterung meines Erlasses vom 27. April 1889 bestimme ich, daß sämtliche Staatssekretäre für die Dauer ihres Amtes das Prädikat Exzellenz führen sollen.

*

(W. T. B.) Berlin, 5. Oktober, abends. (Amtlich.) Nördlich von St. Quentin und in der Champagne wurden heftige feindliche Angriffe abgewiesen. Ebenso ist zwischen den Argonnen und der Maas der mit starken Kräften fortgesetzte Ansturm der Amerikaner gescheitert.

Der Kampf um Cambrai.

St. Quentin in Flammen.

(T. U.) Genf, 5. Oktober. Nach dem „Petit Journal" haben die Deutschen Cambrai und Umgebung unterminiert, sodaß Frontalangriffe unmöglich seien. Daher suchten die Engländer nördlich und südlich anzugreifen. Nach dem „Progrès de Lyon" haben die Deutschen auf diesem Frontabschnitt nunmehr die Uebermacht und kämpfen mit glänzender Tapferkeit. Von dem Ausgang der Schlacht hänge das Schicksal Cambrais ab. St. Quentin steht nach dem genannten Blatt in Flammen. Ein Ueberfliegen der Stadt sei infolge der Rauchentwickelung unmöglich.

Die Engländer in Damaskus.

(T. U.) Lugano, 5. Oktober. Nach einer Meldung aus Rom besetzten die Engländer Damaskus am 1. Oktober.

Exkönig Ferdinand.

Budapest, 5. Oktober. Gestern abend passierte der Hofzug mit dem Exkönig von Bulgarien Budapest. Der König begibt sich nach seinen Besitzungen in Ebenthal bei Wien. Nach Berichten, die aus der Umgebung der bulgarischen Regierung stammen, herrscht in Sofia völlige Ruhe. Einige Abgeordnete versuchten, die Republik auszurufen, die Bewegung wurde jedoch sofort von den Truppen unterdrückt und die revolutionäre Stimmung im Keime erstickt. Als der König österreichische Zeitungen las, in denen man ihm Treubruch vorwarf, soll er in Tränen ausgebrochen sein und soll geäußert haben, er verdiene diesen Vorwurf nicht. Der Exkönig ist infolge der letzten Ereignisse völlig zusammengebrochen. Er verließ den Zug nicht, sondern empfing in seinem Salonwagen den Präsidenten der Orientalischen Akademie Dr. Adolf Strauß und den bulgarischen Generalkonsul. Professor Strauß erklärte einem Berichterstatter gegenüber: Der Grund der Abdankung des Königs sei eine Verletzung des persönlichen Ehrgefühls des Königs. Dieser habe am Bündnis mit den Mittelmächten festhalten wollen, was aber die innerpolitischen Vorgänge in Bulgarien unmöglich gemacht hätten, namentlich der drohende Bürgerkrieg. Deshalb habe er Malinow freie Hand gegeben, selbst aber persönlich die Konsequenzen gezogen. (Deutsche Kriegsztg.)

Königsberg i. Pr., 5. Oktober. Der Fliegerleutnant Fritz Rumey, der 44 feindliche Flugzeuge abgeschossen hat, ist tödlich abgestürzt. Er war von Beruf Dachdecker; wegen seiner hervorragenden Leistungen als Kampfflieger wurde er zum Offizier befördert und mit dem Orden Pour le mérite ausgezeichnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853264-191810064/fragment/page=0001

Die Kanzlerrede im Reichstag.

Die Sitzung des Reichstages.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Die lang erwartete Reichstagseröffnung hat sich vollzogen. Schon vor dem Hause sind große Massen von Leuten angesammelt, die den feierlichen Moment wenigstens von außen her mit erleben wollen. Die Karten sind seit einigen Tagen alle vergeben; jede weitere Mühe ist vergeblich. Die Schutzleute behandeln im allgemeinen das Publikum höflich und entgegenkommend. Die Wandelhalle ist schon eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung dicht gefüllt: alles promiviert und unterhält sich über die bevorstehende Rede. Es bilden sich Gruppen. Die Bänke der Abgeordneten sind ebenfalls außerordentlich dicht gefüllt. Der Reichskanzler ist schon vor Beginn der Sitzung anwesend. Die Ministerbänke sind ebenfalls stark besetzt. Man sieht zum ersten Male die neuen Staatssekretäre Gröner, Scheidemann, Erzberger, Bauer usw. auf der ersten Bank sitzen. Der Reichskanzler ist im schwarzen Gehrock, trotzdem er Militär ist, ganz im Unterschied zu den früheren Reichskanzlern, die, auch wenn sie nicht Militärs waren, in ihren Reserve-Offiziers-Uniformen, namentlich während des Krieges, erschienen sind, wie z. B. Bethmann Hollweg.

Die Sitzung hebt recht pünktlich eröffnet. Der Präsident erledigt zunächst eine Formalitäten, dann verliest der Schriftführer die eingegangenen Sachen. Darauf nimmt

Präsident Fehrenbach

das Wort zu einer Ansprache, worin er einen Ueberblick über die Lage gibt. Er sagte:

Dem Feinde ist es bisher nicht gelungen, unsere Front zu erschüttern und zu durchbrechen. Wir können darum die Zuversicht haben, daß es trotz aller Anstrengungen und trotz der Ueberzahl, mit welcher der Feind arbeitet, auch in Zukunft nicht gelingen wird, uns zu überwältigen. Wir sind dem Heere zu außerordentlichem Dank verpflichtet für die gewaltigen Leistungen und die übermenschlichen Anstrengungen, die wir bewundern dürfen.

Im Inneren haben wir eine

politische Neuorientierung

sich vollziehen sehen. Der Reichskanzler Graf Hertling hatte geglaubt, vermöge seiner andersartigen Anschauungen diese politische Neuorientierung nicht mehr mitmachen zu können, aber er hat sie selbst empfohlen. Wir sind dem väterlichen Empfinden des Grafen Hertling, seiner abgeklärten Bescheidenheit und seinem hohen Pflichtgefühl zu dauerndem Dank verbunden und wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Wir begrüßen nun heute einen neuen Reichskanzler und glauben, daß wir in ihm den richtigen Mann gefunden haben. Der Onkel des Herrn Reichskanzlers hat seinerzeit das Wort gesprochen:

Es darf kein Gesetzes- sein zwischen Fürstenrecht und Volksrecht.

Wir hoffen, daß die neue Regierung in enger Fühlung mit dem Volke stehen wird und daß sie immer im Einvernehmen und für das Volk ihr Amt führen wird. Es ist selbstverständlich, daß viele dieser Neuorientierung zögernd und ablehnend gegenüberstehen. Wir hoffen aber, daß die Leistungen der neuen Zeit auch die bisher noch Abseitsstehenden und Mißtrauischen überwinden werden und daß somit eine Klärung der Anschauungen sich vollziehen wird. Wir hoffen, daß das

Volk unter der neuen Führung alles einsetzen wird.

Der Name des Prinzen Max von Baden hat einen sehr guten Klang. Möge auf seinen Schritten auch der Segen Gottes ruhen! Dann wird die neue Regierung entschieden dem Wohl des Volkes gemäß Hohes vollbringen!

Dann nahm der Reichskanzler selbst das Wort. Er sprach langsam und ruhig und hielt sich im allgemeinen genau an die Niederschrift.

Die Rede des Reichskanzlers.

Gemäß dem kaiserlichen Erlaß vom 30. September hat die Reichsleitung eine grundsätzliche Umgestaltung der politischen Leitung erfahren. Als Reichskanzler bes für sein Vaterland aus höchste verdienten Grafen Hertling bin ich von Seiner Majestät dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Wesen der nunmehr bei uns durchgeführten Regierungsweise, daß ich den Reichstage ohne Verzug vor der Oeffentlichkeit die Grundsätze darlege, wonach ich mein mir anvertrautes Amt zu führen gedenke. Die Grundsätze sind, bevor ich mich zur Uebernahme der Kanzlergeschäfte entschloß, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses festgelegt worden. Sie enthalten nicht nur mein eigenes politisches Glaubensbekenntnis, sondern auch das des weit überwiegenden Teiles der deutschen Volksvertretung, also der deutschen Nation, welche den Reichstag auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihren Wünschen zusammengesetzt hat. Nur die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ernsten Zeit, welche wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schultern eines Einzelnen wären zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung zu tragen, welche der Regierung in der Gegenwart zufällt. Nur wenn das Volk an der Bestimmung seines Geschickes in weitestem Umfange tätigen Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also auf die Mehrheit seiner frei gewählten politischen Führung erstreckt, kann der schwere Staatsamm seinen Dienst für Volk und Vaterland mit Aussicht übernehmen. Der Reichstag, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterschaft an den höchsten Aemtern im Reiche gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Masse des Volkes getragen ist, ohne dessen überzeugungstreue Gefolgschaft ihr auch das Beste von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre. Was ich heute hier aussprache, sage ich also nicht nur in meinem Namen und in dem meiner sämtlichen Mitarbeiter, sondern auch im Namen des deutschen Volkes.

Das Programm der Mehrheitsparteien, auf welche ich mich stütze, enthält zunächst ein Bekenntnis der Antwort der früheren Regierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zur Entschließung des Reichstages vom 19. Juli vorigen Jahres. Es bekundet ferner die Bereitwilligkeit, für einen allgemeinen Bund der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Starken und Schwachen, auszuschließen. Die Lösung der vielumstrittenen

belgischen Frage

besteht in der Wiederherstellung Belgiens, insbesondere seiner Unabhängigkeit. Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden. Die bisher geschlossenen Friedensverträge will das Programm zu keinem Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es strebt im besonderen an, daß sich in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen alsbald auf breiter Grundlage Volksvertretungen bilden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung der Zivilverwaltung fördern. Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbständig regeln.

Zur inneren Politik

habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsbildung vollzog, klar und fest Stellung genommen. Im neuen Vorschlag sind die Führer der Mehrheitsparteien zu meinen unmittelbaren Ratgebern berufen worden.

Meine Herren! Ich war der Ueberzeugung, daß die Einheitlichkeit der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloß schematische Parteizusammengehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitlichkeit der Mitwirkung. Von diesem Gesichtspunkte die ich vorhin angegeben, habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem Standpunkt des Rechtsfriedens stehen (Spricht) und ganz abgesehen von der Kriegslage, daß sie sich zu diesem Standpunkt auch insbesondere bekannt haben zu einem Zeitpunkt, wo wir auf der Höhe unseres militärischen Erfolges standen.

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstages gebildet worden ist, nichts etwas Vorübergehendes darbietet, und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, welche sich nicht auf den Reichstag stützt. Der Krieg hat uns über das alte vielfach zersetzende Parteiwesen hinweggeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlichen, entschlossenen politischen Willen zur Durchführung zu bringen. Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung, und ein unbestreitbares Ergebnis ist, daß in Deutschland nun einmal größere Parteien zu einem festen einheitlichen Programm zusammengeschlossen sind, dann in die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus so mitzubestimmen. Dieser Gedanke wird niemals ernstlich (Beifall links und im Zentrum), diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden. (Erneuter Beifall links und im Zentrum.) Dabei vertraue ich, daß auch die außerhalb der Mehrheit stehenden Volkskreise und deren Vertreter, welche nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückstellen und dem Vaterlande geben, was ihm gebührt. Diese Entwicklung macht eine Aenderung unserer verfassungsrechtlichen Vorschriften im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 30. September erforderlich, welche es ermöglicht, daß diejenigen Mitglieder des Reichstages, welche in die Reichsleitung eintreten, ihren Sitz im Reichstag behalten. Brava links und im Zentrum.) Eine entsprechende Norm ist dem Bundesrat zugegangen und wird einer Beschlußfassung unverzüglich unterbreitet werden. (Erneuter Beifall auf der Linken und im Zentrum.)

Meine Herren! Bleiben wir eingedenk der Worte, welche der Kaiser am 4. August 1914 gesprochen hat und welche ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte:

Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche!

(Beifall.) Unter dem Zeichen dieser Kaiserworte muß sich auch die politische Entwicklung im größten deutschen Bundesstaat Preußen vollziehen (Lebhafter Beifall links) und das Volk des Königs von Preußen, welche das demokratische Wahlrecht versprochen hat, schnell und restlos erfüllt werden. (Lebhafter Beifall links.)

Die Wahlrechtsfrage

ist bei der überragenden Stellung Preußens eine deutsche Frage (Beifall links und im Zentrum) und ich zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten, welche mit der Aenderung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, sich dem preußischen Beispiel anschließen werden. Dabei halte ich unerschütterlich fest an den föderativen Grundlagen des Reiches als eines Bundesstaates, dessen einzelne Glieder ihre innere Verpflichtung fühlen, das

Recht der Selbstbestimmung auch auf Elsaß-Lothringen

auszuüben. (Beifall links und im Zentrum.) Durch die ganze Kriegszeit haben sich Klagen gezogen über die

Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand.

Sie haben trennend und erbitternd gewirkt und die feindige Mitarbeit an den Aufgaben der Kriegszeit gehemmt. Wie das Gesetz bei den vielen gesetzlichen Stellen lebt, können die Nachtragsgesetze nicht entbehrt werden, welche der Belagerungszustand verhängt. Aber es muß ein engeres Verhältnis zwischen den Militär- und Zivilbehörden hergestellt werden, das es ermöglicht, daß in allen nicht rein militärischen Angelegenheiten die Gesichtspunkte der Zivilverwaltungsbehörden ausschlaggebend zur Geltung kommen und daß die Entscheidung letzten Endes

unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers geschieht

wird. (Beifall links und im Zentrum.) Zu diesem Zweck wird ein Erlaß des Kaisers an die militärischen Befehlshaber gegeben und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1916 unverzüglich entsprechend ausgebaut werden.

Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Erlasses, beginnt eine

neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte.

(Stürmischer Beifall links und im Zentrum.) Die innere Politik, welche damit in ihren Grundlagen vorgezeichnet ist, ist von entscheidender Bedeutung für die Frage über Krieg und Frieden. (Sehr richtig.) Die Stoßkraft, welche die Regierung in ihrem Bestreben um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher, fester und unerschütterlicher Volkswille steht. Nur wenn die Feinde fühlen, das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zu Taten werden. (Stürmischer Beifall links.) Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß in die Verträge Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung aufgenommen werden (Beifall links und im Zentrum), welche die vertragschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen angemessener Frist ein Mindestmaß von Arbeiterschutz und Arbeiterversicherungen durchzuführen. Ich rechne bei der Durchführung auf den sachkundigen Rat der Arbeiterverbände sowie der Unternehmer. Solange nach deutsche Volksgenossen in Gefangenschaft sind, werde ich mich für ihre Fürsorge und ihr Wohl mit allen Kräften einsetzen. Auch der in unserer Gefangenschaft lebenden Feinde werde ich mich in gerechter Weise sorgend annehmen.

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß dieses Programm, wovon ich nur die Grundzüge dargestellt habe, den Vergleich mit dem aller fremden Regierungen auch aushält. Noch näher auf die Einzelheiten einzugehen, scheint mir heute nicht angebracht. Die Beratungen, welche wir vor dem Zustandekommen der neuen Regierung gepflogen haben, sind zwar selbstverständlich mehr in die Tiefe gegangen, als ich in meiner knappen Zusammenfassung der wichtigsten Punkte heute hier wiedergeben vermag. Ich glaube aber andererseits auch, daß dem Hohen Hause gar nicht daran gelegen ist, Einzelheiten festzustellen. Das Entscheidende ist, wenn ich die Lage richtig auffasse, meine Aussicht über den allgemeinen Geist der neuen Regierung, denn jeder, der diesen richtig verfaßt, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die neue Reichsleitung sich zu den schwebenden Einzelfragen stellt. Ich bin auch gern bereit, dem Reichstag darüber bei späterer Gelegenheit noch genauere Aufschlüsse zu geben. Von unmittelbarer Wichtigkeit sind jetzt die Folgerungen, welche die neue Reichsleitung in der kurzen Zeit seiner ihres bisherigen Daseins praktisch aus der Lage, welche sie vorfand, und aus der Nutzanwendung ihrer politischen Grundsätze gezogen hat. Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns und Jahre von schwersten Kämpfen. Schmerzhafte Opfer hat jeder von uns gebracht, viele Narben und viele noch offene Wunden, sei es im Grunde unserer Seele oder an dem für die deutsche Freiheit auf den Schlachtfeldern preisgegebenen Körper. (Sehr wahr!) Trotzdem sind wir starken Herzens und zuversichtlichen Glaubens an unsere Kraft entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch so schwere Opfer zu bringen, wenn es unabwendbar ist. (Stürmisches Beifall.) In tiefer, heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, welche unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast Uebermenschliches geleistet haben und deren bisherige Taten die Sicherheit verbürgen, daß unser aller Schicksal auch fernerhin in guten zuverlässigen Händen bei ihnen steht! (Allseitiger Beifall.) Im Westen tobt seit Monaten eine einzige, furchtbare, menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unverzagnaliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist

die Frontungebrochen.

Dieses kühne Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Ueberzeugung beseelt sind, ist es nunmehr auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber zu erlangen, daß das unserwolte blutige Ringen nicht einen einzigen Tag bis über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt.

Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedens eingriff. (Beifall.) Gestützt auf das Einvernehmen der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten eine Note gerichtet, wozu ich ihn bitte,

die Herbeiführung des Friedens

in die Hand zu nehmen und feinerseits mit allen kriegführenden Mächten in Verbindung zu treten. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten, weil dieser in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch in seiner Newyorker Rede vom 27. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können.

Ich habe diesen Schritt auf dem Wege der Hoffnung nicht nur um Deutschlands und seiner Verbündeten willen, sondern der gesamten, seit Jahren unter dem Kriege schwer leidenden Menschheit aus deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, welche Herr Wilson vertritt, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen decken, worin sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die über wältigende Mehrheit des Volkes bewegt!

Was mich selbst betrifft, so können meine früheren vor einem anderen Hörerkreis gehaltenen Reden bezeugen, daß sich an der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden habe, keine Wandlung in mir vollzogen hat, sei ich mit der Führung der Reichsgeschäfte betrauert bin. Was ich will, ist

einehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit,

und ich glaube daran, daß ein solcher Friede auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes ist! (Beifall links und Zentrum.) Zwischen nationalen und internationalen Pflichtgebote sehe ich auch in bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. Das Entscheidende liegt für mich ausschließlich darin, daß diese Gebote von allen Beteiligten mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und geachtet werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern unserer neuen Regierung gilt! (Beifall links.)

So sehe ich denn mit innerer Ruhe, die mir mein Gewissen als Mensch und als Diener des Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem treuen, jeder Hingebung fähigen Volke und seiner ruhmvollen Wehrmacht gründet, dem Ergebnis der großen Aktion entgegen, die ich als leitender Staatsmann unternommen habe. Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge, das weiß ich, daß sich Deutschland fest und entschlossen finden wird, sowohl zu redlichem Frieden, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weiß, als auch zu dem

Endkampf auf Leben und Tod,

wozu unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte. Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, daß diese zweite Eventualität eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kraft, welche auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden ist, und ich weiß, daß die unwiderstehliche Ueberzeugung, um gar nichts weiter als um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln wird. Ich hoffe aber um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so annimmt, wie wir es meinen. Dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechtes und der Versöhnung sowohl für uns, wie für unsere Gegner geöffnet! (Stürm. Beifall.)

Präsident Fehrenbach:

Die hochbedeutsamen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers über die innere und äußere Politik werden Gegenstand eingehender Erörterungen in unseren nächsten Sitzungen sein. Nur über das Friedensangebot der neuen Regierung muß ich mir ein kurzes Wort gestatten. Friede ist gewiß ein großes hinreißendes Wort. Es wird die Erlösung der Menschheit aus den jahrelangen Qualen bringen. Unsere Frauen und Kinder werden diesen Frieden vor allem begrüßen, und auch unsere Soldaten werden die Rückkehr in die Heimat begrüßen, wenn sie nach die tapferen Kämpfe einem wirklichen Frieden der Verständigung die Wege geebnet haben, der allein die Garantie der Dauer in sich schließt. Das deutsche Volk blickt mit Stolz auf ein tampferprobtes Heer und auf seine Marine. Das deutsche Volk besitzt und empfindet aufs schmerzlichste die Wunden, welche seine Treuen an der Front erlitten haben. Ich möchte wünschen, daß solche Opfer nicht gebracht werden müßten, denn das deutsche Volk wünscht den Frieden und nicht den Krieg. Ebenso wie alle Völker wünscht es Frieden! Deshalb begrüße ich den Schritt der Regierung, der uns eine, wenn auch noch unbestimmte Aussicht auf den Frieden eröffnet. Im Namen des deutschen Volkes und des Reichstages, dessen große Mehrheit diesen Friedensschritt billigt, erkläre ich, daß wir das Friedensangebot billigen und uns zu eigen machen. (Beifall.)

Nachdem der Abg. Haase einige Worte gesprochen hatte, vertagte sich das Haus auf Montag.

Feindliche Angriffe in der Champagne und an der Maas gescheitert.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 5. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Flandern wurden erneute Angriffe des Feindes gegen Hooglede und Roeselare abgewiesen. Gegen unsere neuen Linien östlich von Armentières ist der Feind über Bois Grenier-Fournes-Wingles und über die Bahn nicht östlich von Lens gelaufen. Vor Cambrai zeitweilig aufleben Artillerietätigkeit.

Heeresgruppe Boehn:

Der Engländer setzte beiderseits von Le Catelet seine starken Angriffe fort. Er nahm Le Catelet. Die Höhen nördlich und östlich der Stadt wurden gehalten. Der in Beaurevoir eindringende Feind wurde im Gegenstoß wieder geworfen. Nördlich von St. Quentin griffen die Franzosen zwischen Seraucourt und Morcourt an. In Lesdins und Morcourt faßten sie Fuß. Lesdins nahmen wir wieder. An der übrigen Front und südlich von St. Quentin scheiterten die feindlichen Angriffe vor unseren Linien.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Gallwitz.

Franzosen und Italiener griffen erneut in Teilvorstößen und in einheitlich geführtem Angriff unsere Stellungen auf dem Rücken und an den Hängen des Chemin des Dames zwischen Aisette und Aisne an. Schleswig-Holsteinsche und württembergische Regimenter brachten die Angriffe zum Scheitern. An der Aisne- und Maasfront sehr rege Erkundungstätigkeit. Oestlich von Reims haben wir in vorletzter Nacht unsere vorderen Stellungen zwischen Prunay und St. Marie à Py vom Feinde unbemerkt geräumt und rückwärtige Linien bezogen. Der Feind ist gestern über Prunay-Dontrien-St. Souplet gefolgt.

Auf dem Schlachtfelde in der Champagne nahmen wir im Gegenangriff die noch im Besitz des Feindes verbliebenen Teile des Höhenzuges nordwestlich von Somme-Py wieder. Nach stärkster Feuervorbereitung griff der Feind beiderseits der von Somme-Py nach Norden führenden Straße in breiter Front an. Unter schweren Verlusten für den Feind sind seine Angriffe gescheitert. Brandenburger und Schleswig-Holsteinische, Gardefüsiliere, pommersche, badische und rheinische Regimenter zeichneten sich bei Abwehr des Feindes besonders aus.

Beiderseits der Aisne Artilleriekampf ohne Infanterietätigkeit.

Zwischen den Argonnen und der Maas hat der Amerikaner gestern erfolglos angegriffen. In den Argonnen und am Ostrande des Waldes schlug württembergische Landwehr seinen mehrfachen Ansturm ab. Oestlich der Aire stieß er bis in Höhe von Exermont vor. Der Ort selbst, der vorübergehend verloren war, wurde wieder genommen. Beiderseits von Gesnes wiesen badische, elsaß-lothringische und westfälische Regimenter jeden Ansturm vor ihren Stellungen ab. Besonders schwer waren die amerikanischen Angriffe, die sich beiderseits der Straße Montfaucon—Baulhville gegen die Waldgelände südlich von Cunel richteten. Wo der Feind vorübergehend in unsere Linie eindrang, warf ihn sofortiger Gegenstoß wieder zurück. Das Infanterie-Regiment 458 zeichnete sich hierbei besonders aus. Auch auf dem äußersten linken Flügel des Angriffsfeldes haben bayrische Reserveregimenter ihre Stellungen voll behauptet. Der Kräfteeinsatz des Amerikaners bei seinen gestrigen Angriffen an Zahl, Wucht, Infanterie und Artillerie war außerordentlich stark. Seine blutigen Verluste waren außerordentlich hoch.

Bei Abwehr feindlicher Tankangriffen zeichneten sich besonders aus: Zu Flandern Leutnant Becker vom Feldartillerie-Regiment 16, die 3. Batterie vom Sächs. Fußartillerie-Regt. 19 unter Leutnant Postrenecki, Vizefeldwebel Witt der 2. Batterie vom Fußartillerie-Batl. 127, Oberleutnant von Glas und Leutnant Engler der 9. Batterie bayr. Feldartillerie-Regiments 8. In der Champagne und an der Maas Leutnant Rikkeffen und Stehlin vom 4. Garde-Feldartillerie-Regiment, Leutnant Schaefer vom Feldartillerie-Regiment 104, Unteroffizier Radzejski von der Minenwerfer-Kompagnie 173, Leutnant Grothe vom Feldartillerie-Regiment 239. — Wir schossen an den beiden letzten Tagen 65 feindliche Flugzeuge ab. Leutnant Blumer errang seinen 40. und 41. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Tat allein
Beweist der Liebe Kraft.
Du liebst Dein Land?
Handle.
Bring' ihm Dein Geld!
Darum zeichne!

Die Auskunftei
Boyrich & Grove, Halle a. S., Gr. Steinstr. 31, Tel. 2144
erteilt Auskünfte über
Vermögens-, Mitgifts-,
Familien- und Privat-Verhältnisse auf alle Plätze.
Beobachtungen u. Ermittlungen aller Art, streng diskret

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853264-191810064/fragment/page=0002